



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	18
Rechtsberatung durch Wirtschaftsprüfer, Art. I §5 RBerG	19
– Sanierungsverhandlungen – Grundsatzurteil des BGB – Weiterführende Hinweise (BGH Urt. v. 4. 11. 1987 – IVa ZR 158/86)	
Berichtigung rechtskräftiger Steuerbescheide, §173 AO	26
– Grobes Verschulden des Mandanten – Grobes Verschulden des Steuerberaters (BFH Urt. v. 24. 3. 1987 – X R 9/80 – Vorinstanz: Niedersächsisches FG, EFG 1980, 265)	
Haftung des Steuerberaters	31
– Zuschätzungen in Betriebsprüfung – Steuerschaden des Mandanten – Weiterführende Hinweise (LG Düsseldorf Urt. v. 22. 10. 1987 – 14 O 119/87)	
GI-Hinweise	33

GI-Leitsätze

Rückgabe von Mandantenunterlagen Vorsorgliche Klageerhebung

1. Es besteht keine Pflicht eines steuerlichen Beraters, auf seine Kosten und Gefahr Mandantenunterlagen nach Kündigung des Mandats zurückzuschicken. Es ist vielmehr Sache des Mandanten und/oder seines steuerlichen Beraters, derartige Unterlagen abzuholen. Es kann auch nicht als berufswidrig angesehen werden, daß der steuerliche Berater sich auf Herausgabe verklagen läßt.
2. Es ist nicht berufswidrig, wenn der steuerliche Berater in Absprache mit seinem Mandanten „vorsorglich“, d. h. zunächst zur Fristwahrung, Klage gegen einen Bescheid der Finanzverwaltung erhebt. Ob etwas anderes dann zu gelten hat, wenn es der Berufsangehörige, nachdem er die fehlende Erfolgsaussicht des Rechtsbehelfes festgestellt hat, zu einer Klageabweisung wegen Aussichtslosigkeit kommen läßt, statt das Verfahren durch Klagerücknahme zu beenden, erscheint fraglich.

(OLG Celle Ur. v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85)

Anmerkung: Die Herausgabe von Geschäftsunterlagen und Belegen sollte nur gegen detaillierte Quittung des Empfängers vorgenommen werden. Denn den Steuerberater trifft die Beweislast dafür, ob und welche Unterlagen ausgehändigt wurden (vgl. OLG Düsseldorf Ur. v. 29.6.1983, GI 3/84).

Gewinnausschüttung einer Kapitalgesellschaft

Für offene Ausschüttungen einer Kapitalgesellschaft ist es erforderlich, daß die Mittel **abgeflossen** sind. Neben dem Gewinnverteilungsbeschluß und seiner Bilanzierung ist ein Mittelabfluß notwendig.

Die Anmeldung und Zahlung der Kapitalertragsteuer ist die steuerliche Folge einer Gewinnausschüttung. Sie kann aber eine – tatsächlich nicht vollzogene – Gewinnausschüttung keinesfalls begründen.

(FG Baden-Württemberg Ur. v. 4.11.87 – V K 433/83)

Verjährungsbeginn des Amtshaftungsanspruchs gegen Notar, Änderung der BGH-Rechtsprechung

Bei Schadenersatzansprüchen aus § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB und § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO beginnt die Verjährungsfrist bereits dann zu laufen, wenn der Geschädigte weiß, daß die anderweitige Ersatzmöglichkeit den Schaden mindestens teilweise nicht deckt, und ihm daher die Erhebung einer Feststellungsklage zuzumuten ist (gegen BGH NJW 1977, 198).

(BGH Ur. v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86)

Rechtsberatung durch Wirtschaftsprüfer, Art. I § 5 RBerG

- Sanierungsverhandlungen
 - Grundsatzurteil des BGB
 - Weiterführende Hinweise
- (BGH Urt. v. 4. 11. 87 – IVa ZR 158/86)

Leitsätze:

- a) Verhandlungen mit Gläubigern im Rahmen eines Sanierungsversuchs, um deren Zustimmung zu einem Zwangsvergleich zu erhalten, sind Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten.
- b) Die rechtliche Bearbeitung ist dem Wirtschaftsprüfer im unmittelbaren Zusammenhang mit solchen Aufgaben gestattet, die zu seinem anerkannten, herkömmlichen Berufsbild gehören. Dazu rechnet auch die wirtschaftsberatende Tätigkeit.
- c) Ein unmittelbarer Zusammenhang ist gegeben, wenn die wirtschaftsberatende Tätigkeit im Vordergrund steht und vom Wirtschaftsprüfer ohne die rechtliche Bearbeitung nicht sachgemäß erledigt werden könnte.

Aus den Gründen:

I. ...

- II. Die Parteien streiten nur noch darüber, ob der mit den Klägern geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag wegen Verstoßes gegen Art. I § 1 des Rechtsberatungsgesetzes (RBerG) nichtig ist und die Erkenntnisse deshalb kondiziert werden können.
1. Das Berufungsgericht führt dazu aus: Das Schwergewicht der Aufgaben der Kläger habe auf wirtschaftlichem Gebiet gelegen. Sie hätten ein Sanierungskonzept erarbeitet, wonach eine langfristige Bankfinanzierung habe besorgt werden sollen, um einen Zwangsvergleich zu ermöglichen. Hierfür sei es erforderlich gewesen, erst-rangig gesicherte Schulden abzulösen, die Geschäfte der Glashütte zu reaktivieren und einen Treuhänder einzuschalten. Allerdings hätten auch Verhandlungen mit Gläubigern über deren Vergleichsbereitschaft geführt werden müssen; diese rechtliche Tätigkeit habe aber in unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betätigung und nicht im Vordergrund gestanden. Die wirtschaftliche Beratung sei

nach § 43 Abs. 4 Nr. 1 WPO mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers vereinbar. Die mit der wirtschaftlichen Beratung unmittelbar zusammenhängende rechtliche Bearbeitung einer Angelegenheit sei durch Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG gedeckt.

2. Dieser Auffassung folgt der erkennende Senat.

- a) Der den Klägern erteilte Auftrag sollte ersichtlich nur von dem klagenden **Wirtschaftsprüfer** ausgeführt werden. Daß er **mit dem klagenden Steuerberater in einer Sozietät** verbunden ist, führt zwar zu dessen finanzieller Mitberechtigung und Mithaftung, beschränkt den Kläger zu II. aber nicht in seiner Berufsausübung als Wirtschaftsprüfer. Da nur er tätig werden sollte, ist die Rechtsgültigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages allein an seiner beruflichen Qualifikation zu messen.
- b) Zu seiner Aufgabe gehörte auch **die Verhandlung mit Gläubigern des Hauptschuldners, um ihre Zustimmung zu einem Zwangsvergleich zu erreichen**. Diese Tätigkeit des Klägers zu II. im Rahmen des Sanierungsversuches war eine geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten im Sinne des Art. 1 § 1 RBerG. Sie lag nicht überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet, zielte vielmehr wesentlich auf eine Umgestaltung rechtlicher Verhältnisse; nämlich die Stundung und Herabsetzung von Forderungen ab (BGHZ 36, 321, 322). Daß diese rechtliche Umgestaltung nicht im Wege eines außergerichtlichen Vergleiches, vielmehr durch einen Zwangsvergleich nach den §§ 173 ff. KO erfolgen sollte, ändert nichts an dem rechtsbesorgenden Charakter der Tätigkeit, die ja diesen Zwangsvergleich vorbereiten sollte.

War der Kläger zu II. zu dieser Tätigkeit nicht befugt, so war der Beratungsvertrag nach § 134 BGB nichtig und es ist kein vertraglicher Honoraranspruch entstanden, den der Hauptschuldner anerkennen und für den der Beklagte die Bürgschaft übernehmen konnte; allenfalls wäre ein Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag oder ungerechtfertigter Bereicherung entstanden (BGHZ 37, 258). Die Entscheidung des Rechtsstreits hängt also davon ab, ob der Kläger zu II. im Rahmen seiner wirtschaftlichen Beratung auch zu rechtsbesorgender Tätigkeit befugt war.

- c) Nach **Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG** stehen die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes (Erlaubniszwang) dem nicht entgegen, daß öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer in Angelegenheiten, mit denen sie beruflich befaßt sind, auch die rechtliche Bearbeitung übernehmen, soweit diese mit den Aufgaben des Wirtschaftsprüfers in unmittelbarem Zusammenhang steht. Seit Erlass des Rechtsberatungsgesetzes

im Jahre 1935 ist streitig, insbesondere zwischen Wirtschaftsprüfern einerseits und Rechtsanwälten andererseits, ob als „Aufgaben des Wirtschaftsprüfers“ in diesem Sinne nur seine eigentliche Prüfungsaufgabe oder auch seine wirtschaftsberatende Tätigkeit zu verstehen ist (vgl. u. a. einerseits: Megow DJ 1938, 453; Brangsch AnwBl. 1964, 42; Feyock DNotZ 1964, 526; Dumoulin NJW 1966, 810; Rennen/Calibe, Rechtsberatungsgesetz Art. 1 § 5 Rdn. 51 ff.; Altenhoff/Busch/Kampmann, Rechtsberatungsgesetz 7. Auflage Art. 1 § 5 Rdn. 434 ff.; LG Itzehoe AnwBl. 1962, 285; OLG Köln ZIP 1980 1107 und andererseits: Düring DJ 1938, 1185; Girgensohn BB 1962, 1308; Schwarz DB 1967; Heßdörfer, Die Rechtsbesorgungsbefugnis der Wirtschaftsprüfer; BFH ZIP 1981, 204 mit zustimmender Anmerkung von Weiß; vergleiche auch Vorbescheid des Bundesverfassungsgerichts vom 7.2.1963, mitgeteilt BB 1963, 625 und ergänzend bei Brangsch aaO). Der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes hat in seiner Entscheidung vom 21.5.1959 (VII ZR 66/58 = DB 1959, 1028) – allerdings ohne nähere Begründung – bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz wegen engen Sachzusammenhangs mit der sonstigen wirtschaftsberatenden Tätigkeit für eine Gesellschaft verneint. Nach Erlass der Wirtschaftsprüferordnung (1961) hat der Ib-Zivilsenat des Bundesgerichtshofes die Frage offengelassen und unter eingehender Darstellung der Entstehungsgeschichte die Auffassung vertreten, daß auch die Wirtschaftsprüferordnung die Streitfrage nicht entschieden habe (BGHZ 48, 12, 20 ff.).

- d) Der Senat versteht unter „**Aufgaben des Wirtschaftsprüfers**“ im Sinne des Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG die **Tätigkeiten** des Wirtschaftsprüfers die zu seinem **anerkannten, herkömmlichen Berufsbild** gehören. Das folgt aus Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes und wird durch die wenig aussagekräftige Systematik der Wirtschaftsprüferordnung nicht in Frage gestellt. Mit dem Rechtsberatungsgesetz wollte der Gesetzgeber dem Mißstand begegnen, daß die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten weitgehend in die Hand von Personen geraten war, die „keine hinreichende Gewähr für die gerade hier unentbehrliche Sachkunde und Zuverlässigkeit“ boten; der damalige Gesetzgeber hielt „sowohl zum Schutze der Rechtsuchenden, auf die das Winkeladvokatenum von jeher eine bedenklich starke Anziehungskraft ausgeübt habe, wie im Interesse der Behörden“ die Einführung eines Konzessionszwanges für dringend geboten, weil es nur so möglich sei, „fachlich ungeeignete und nicht hinreichend zuverlässige Elemente von dem Beruf fernzuhalten und die Zahl der dem Beruf Angehörigen in den den sachlichen Bedürfnissen entsprechenden Grenzen zu

halten“ (vgl. BGHZ 38, 71, 84 f. mit Nachweis). Die Ausnahmeregelung in Art. 1 § 5 RBerG beruht dagegen auf der Erwägung, daß sich zahlreiche Berufe ohne gleichzeitige rechtliche Beratung nicht immer sachgemäß ausüben lassen; den dort genannten Unternehmern soll die Ausübung ihres Berufs nicht deshalb unmöglich gemacht werden, weil hiermit gleichzeitig eine rechtliche Tätigkeit verbunden ist. Unter die Ausnahmegesetzgebung fällt deshalb angesichts des Gesetzeszweckes, Mißbräuche auf dem Gebiete der Rechtsberatung zu verhindern, eine solche rechtliche Tätigkeit, die der Unternehmer im Rahmen und im Interesse seiner Berufsaufgabe ausführt (BGHSt 6, 135).

Zum anerkannten Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehörte schon bei Erlass des Rechtsberatungsgesetzes die wirtschaftsberatende Tätigkeit. In der amtlichen Begründung zur Wirtschaftsprüferordnung (BT-Drucks. 201, 3. WP S. 34) heißt es dazu: „Die berufliche Aufgabe eines Wirtschaftsprüfers besteht im Grundsatz in der Durchführung betriebswirtschaftlicher Prüfungen. Neben der Prüfungstätigkeit steht nach der Entwicklung die Beratungsaufgabe, durch die besonders aus Prüfungen gewonnene Erkenntnisse zum Nutzen der Betriebe verwertet werden. Die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist deshalb als Berufsaufgabe ausdrücklich zugelassen. Mit der Beratungstätigkeit ist auch die Befugnis zur Vertretung in wirtschaftlichen Angelegenheiten verbunden. ...“. Nach dem oben Gesagten entspricht es nicht der Zielsetzung des Rechtsberatungsgesetzes, diese wirtschaftsberatende Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer zu unterbinden, soweit die eigentliche Wirtschaftsberatung im Vordergrund steht. Ein Mißbrauch, wie ihn das Rechtsberatungsgesetz verhindern will, ist in derartigen Fällen nicht zu besorgen; vielmehr wird es gerade bei Sanierungsversuchen der hier vorliegenden Art vielfach dem wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten entsprechen, wenn alle zur Sanierung gebotenen Maßnahmen, auch die Verhandlungen mit Gläubigern zum Zwecke einer vergleichweisen Regelung von **einem** wirtschaftlich erfahrenen Berater durchgeführt werden. Gründe des Schutzes der Rechtsanwaltschaft vor Konkurrenz können dabei wegen Art. 12 GG nicht berücksichtigt werden.

- e) An dieser Rechtslage hat die Wirtschaftsprüferordnung nichts geändert. Darin folgt der erkennende Senat dem I-Zivilsenat in seiner Entscheidung BGHZ 48, 12. Zwar unterscheidet die Wirtschaftsprüferordnung zwischen der beruflichen Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen durchzuführen und Bestätigungsvermerke zu erteilen (§ 2 Abs. 1), der Befugnis, die Auftraggeber in steuerlichen Angelegenheiten zu beraten und zu vertreten (§ 2 Abs. 2) dem Auftreten als

Sachverständige auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Betriebsführung (§ 2 Abs. 3) und verschiedenen – sehr heterogenen – Tätigkeiten, die mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers vereinbar sind (§ 43 Abs. 4), wie der Beratung und Wahrung fremder Interessen in wirtschaftlichen Angelegenheiten, der Ausübung eines freien Berufes auf dem Gebiet der Technik und des Rechtswesens, der Tätigkeit an wissenschaftlichen Instituten, der treuhänderischen Verwaltung oder der freien schriftstellerischen und künstlerischen Tätigkeit. Wie in BGHZ 48, 12, 22 ausführlich dargelegt, sollte nach dem Regierungsentwurf die Beratung und Vertretung auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten in § 2 geregelt werden. Von Seiten der Anwaltschaft wurde dagegen die Befürchtung geltend gemacht, daß die Wirtschaftsprüfer künftig unter Berufung auf Art. 1 § 5 des Rechtsberatungsgesetzes auch die Rechtsberatung in wirtschaftlichen Angelegenheiten **schlechthin** übernehmen könnten. Es war aber nicht die Absicht des intervenierenden Anwaltsvereins, den Wirtschaftsprüfern diese beratende und vertretende Tätigkeit im Einzelfall zu nehmen; die Bedenken richteten sich nur dagegen, daß diese Tätigkeit als Berufsaufgabe formuliert werde. Daraufhin ist diese Tätigkeit in § 2 des Entwurfs gestrichen und in § 55 (§ 43 des Gesetzes) übernommen worden (vgl. Protokoll der Unterkommission „Berufsordnungsgesetze“ des Wirtschaftsausschusses des Bundestages vom 25.1.1961, mitgeteilt in AnwBl. 1964, 42). Bei dieser Sachlage kann nicht angenommen werden, daß der Gesetzgeber der Wirtschaftsprüferordnung die bestehende Befugnis der Wirtschaftsprüfer zur Rechtsberatung und -besorgung einschränken wollte. **Zum historisch gewachsenen Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört nach wie vor neben der prüfenden und steuerberatenden die wirtschaftsberatende Tätigkeit.** Das gleiche hat der Senat in seiner Entscheidung vom 11. 3. 1987 (BGHZ 100, 132 = GI 1987, 81) für die treuhänderische Verwaltung durch einen Wirtschaftsprüfer angenommen, weil eine solche Tätigkeit einem Wirtschaftsprüfer gerade mit Rücksicht auf die berufsspezifische Sachkunde und Erfahrung auf betriebswirtschaftlichem Gebiet übertragen zu werden pflegt. Auch dort hat es der Senat bei der Zuordnung der treuhänderischen Verwaltung zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers als nicht entscheidend angesehen, daß diese Tätigkeit (erst) in § 43 Abs. 4 Nr. 4 WPO ausdrücklich unter denjenigen Betätigungen aufgeführt ist, die mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers „vereinbar“ sind.

- f) Voraussetzung einer Anwendung der **eng auszulegenden Ausnahme-
regelung des Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG** ist allerdings, daß die wirtschafts-
beratende oder -besorgende Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers im
Vordergrund steht und die rechtsberatende Tätigkeit hiermit in unmittel-

barem Zusammenhang steht. Dazu ist allerdings nicht erforderlich, daß diese Tätigkeit ohne Rechtsberatung schlechthin unmöglich ist. **Ein unmittelbarer Zusammenhang ist dann gegeben, wenn der Wirtschaftsprüfer ohne die rechtliche Bearbeitung seine eigentliche wirtschaftsberatende oder -besorgende Aufgabe nicht sachgemäß erledigen könnte** (vgl. Altenhoff/Busch/Kampmann aaO Rdn. 452 m. w. Nachw.).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Nach der rechtsfehlerfreien tatrichterlichen Würdigung stand die eigentliche wirtschaftsbesorgende Tätigkeit des Klägers zu II. ganz im Vordergrund seiner Aufgaben. **Zur sachgemäßen Durchführung eines derartigen Sanierungsauftrages gehört auch die Verhandlung mit Gläubigern über eine Bereitschaft zur Stundung oder Herabsetzung ihrer Forderungen.** Der Berufungsrichter hat deshalb zu Recht die Tätigkeit des Klägers zu II. insgesamt als erlaubt angesehen.

Weiterführende Hinweise zur verbotenen Rechtsberatung:

Die Zulassung eines Rechtsanwaltes befreit lediglich für die Berufsausübung von der Erlaubnispflicht nach dem Rechtsberatungsgesetz. Wird ein **Rechtsanwalt außerhalb eines Mandatsverhältnisses** und damit **außerhalb der Berufstätigkeit** für einen Auftraggeber aufgrund eines sonstigen Geschäftsbesorgungsvertrages auch rechtlich tätig, verstößt er gegen das Rechtsberatungsgesetz. (OLG Schleswig Ur. v. 8. II. 85 – 14 U 174/84 RBeistand 1987, 70 mit Anmerkung Hoechstetter = AnwBl 187, 343)

Ein dem **Steuerbevollmächtigten** erteilter Auftrag auf Herbeiführung einer außergerichtlichen Einigung mit dem Ziel der **Entschuldung des Auftraggebers** ist nichtig, weil er dem Steuerbevollmächtigten verbotene Rechtsbesorgung und Rechtsberatung enthält.

Von der Nichtigkeit des im ganzen auf eine Schuldenbereinigung gerichteten Geschäftsbesorgungsvertrages wird die allein den Zahlungsverkehr regelnde Treuhandabrede zwischen Auftraggeber und Steuerbevollmächtigtem, mit der er die Aufgabe übernimmt, die von dem Schuldner eingezahlten Gelder nach bestimmten Grundsätzen zur Auszahlung zu bringen, nicht betroffen. Diese **allein den Zahlungsverkehr regelnde Treuhandabrede** enthält, für sich betrachtet, keinen Verstoß gegen die Vorschriften des Rechtsberatungsgesetzes.

Die Erstreckung der Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts bei verbotener Rechtsbesorgung gem. § 139 BGB auf „die damit verbundenen Nebenleistungen“ findet nicht statt, wenn die Auslegung des Parteiwillens (ausnahmsweise) zu einem anderen Ergebnis führt.

Das Verbot unerlaubter Rechtsbesorgung richtet sich allein gegen den Rechtsbesorger, nicht gegen dessen Auftraggeber. Dem Rechtsbesorger soll demgemäß nach dem Zweck des Gesetzes ein **vertraglicher Vergütungsanspruch** für seine verbotene Tätigkeit versagt werden. Der Gesetzeszweck fordert es dagegen nicht, den Auftraggeber schutzlos zu stellen. (OLG Hamburg Urt. v. 2.7.85 – 9 U 87/84, Stbg 1987, 100)

Korrespondenz zwischen dem Deutschen Steuerberaterverband und dem Bundesminister der Justiz zu dem Begehren **Steuerberater in den Kreis der Personen einzubeziehen**, die nach **Art. I § 5 RBerG** zulässigerweise Rechtsangelegenheiten erledigen dürfen. (Stbg 1986, 147)

Die **interne Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes** kann den Steuerberater nicht von dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz befreien, wenn er selbst alleiniger Vertragspartner war oder allein die gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßene beratende Tätigkeit schuldet und für sie verantwortlich war.

Aus einem Beratervertrag, der wegen Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz nichtig ist, kann kein vertraglicher **Honoraranspruch** hergeleitet werden. (OLG Hamm GI 1986, 50 = DB 1986, 32 = WuB VIII D Art. I § 1 RBerG 1.86, Deuchler = WM 1986, 173)

Werden an einen steuerlichen Berater von seinem Mandanten Fragen allgemein-rechtlicher Art herangetragen, so ist er, sofern er nicht gem. § 1 StBerG (ggfs. gem. § 4 Nr. 2 RBerG) oder in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand zur Bearbeitung dieser Rechtsfragen befugt ist, auch seinem Mandanten gegenüber verpflichtet, sich insoweit einer Beratungstätigkeit zu enthalten und den **Mandanten an einen Rechtsanwalt oder Notar zu verweisen**.

Zu den Anforderungen an den Nachweis der **Geschäftsmäßigkeit im Sinne von Art. I § 1 RBerG** (BGH GI 33/85 = DB 1985 2014 = EWiR Art. I § 1 RBerG 3/85, 705 (Löwe) = WuB IV A. § 675 BGB 2.85 Messer)

Eine nach dem Investitionszulagengesetz zu beurteilende **Investitionszulagesache** ist ihrer Rechtsnatur nach keine steuerrechtliche Abgabenangelegenheit.

Es verstößt gegen das Rechtsberatungsgesetz, wenn in einem Verwaltungsverfahren, das die Erteilung einer Investitionszulage-Bescheinigung zum Gegenstand hat, eine Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft oder ein Steuerberater beratend tätig wird.

Die von einer Antragstellerin, deren Widerspruch erfolgreich war und zur Erteilung der beantragten Investitionszulage-Bescheinigung geführt hat, für die Rechtsberatung durch eine Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft bzw. einen Steuerberater aufgewendeten **Kosten** sind **nicht** im Sinne des § 80 VwVfG **zur Rechtsverfolgung notwendig**, da solche Rechtsgeschäfte, weil ihnen eine nicht erlaubte Rechtsberatung zugrunde liegt, nichtig sind. (Wie BGHZ 37, 258) Hessischer Verwaltungsgerichtshof Urt. v. 2. 11. 81 – VIII ZI 84/80 StB 1983, 199)

Berichtigung rechtskräftiger Steuerbescheide, §173 AO

- Grobes Verschulden des Mandanten
- Grobes Verschulden des Steuerberaters

(BFH Urt. v. 24. 3. 1987 – X R 9/80 – Vorinstanz: Niedersächsisches FG, EFG 1980, 265)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Dem Mandanten ist ein eigenes grobes Verschulden anzulasten, wenn ihm die Unvollständigkeit der von dem Steuerberater angefertigten Steuererklärung ohne weiteres hätte auffallen müssen. Dasselbe gilt, wenn er im Steuerklärungsformular ausdrücklich gestellte Fragen nicht beachtet hat.
2. Grobes Verschulden des Steuerberaters ist dem Mandanten zuzurechnen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger betrieb eine Tischlerei und seit Beginn des Jahres 1975 ein Altenheim. Die Steuerberaterin hatte den Mandanten bei der Eröffnung des Altenheims auf die Möglichkeit einer Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 16 UStG 1973 hingewiesen. In der Folgezeit ging sie irrtümlich davon aus, daß der Mandant dies berücksichtigen und sie erforderlichenfalls über die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse benachrichtigen werde.

In einer Umsatzsteuersonderprüfung im Jahre 1978 wurde bekannt, daß die Voraussetzung für eine Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 16 b UStG erfüllt war, ohne daß dies in der Umsatzsteuererklärung des Mandanten berücksichtigt worden war.

Aus den Gründen:

Das Urteil des FG verletzt § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO 1977. Nach Satz 1 dieser Vorschrift sind Steuerbescheide aufzuheben oder zu ändern, soweit Tatsachen oder Beweismittel nachträglich bekanntwerden, die zu einer niedrigeren Steuer führen und den Steuerpflichtigen kein grobes Verschulden daran trifft, daß die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekanntwerden. „**Tatsache**“ im Sinne dieser Vorschrift ist im Streitfall der Umstand, daß die mit dem Betrieb des Altersheims verbundenen Umsätze des Klägers i. S. des § 4 Nr. 16 Buchst. b UStG 1973 nach näherer Maßgabe dieser Bestimmung in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienen. Diese Tatsache ist dem FA erst „nachträglich“, nämlich nach Erlaß des Steuerbescheides und Eintritt der Bestandskraft, bekanntgeworden. Die Berücksichtigung dieser Tatsache würde für das Streitjahr zu einer niedrigeren Steuer führen. Diese Vorschrift gilt auch für die Änderung solcher Bescheide, die vor Inkrafttreten der AO 1977 am 1.1.1977 ergangen sind (Art. 97 § 9 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung – EGAO 1977 –).

Als **grobes Verschulden** hat der Beteiligte Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. Ob ein Beteiligter unter den gegebenen Verhältnissen grob fahrlässig gehandelt hat, ist im wesentlichen Tatfrage. Die hierzu getroffenen Feststellungen des FG können – mit Ausnahme hier nicht erhobener Verfahrensrügen – in der Revisionsinstanz nur darauf überprüft werden, ob der Rechtsbegriff der groben Fahrlässigkeit und die aus ihm abzuleitenden Sorgfaltspflichten richtig erkannt worden sind und ob die Würdigung der Verhältnisse hinsichtlich des individuellen Verschuldens den Denkgesetzen und Erfahrungssätzen entspricht (Urteile des Bundesfinanzhofs – BFH – vom 3.2.1983 IV R 153/80, BFHE 137, 547, 556, BStBl II 1983, 324, 328, und vom 29.6.1984 VI R 181/80, BFHE 141, 232, 233, BStBl II 1984, 693).

Hinsichtlich des Verschuldens ist die Vorentscheidung rechtsfehlerfrei davon ausgegangen, daß den Kläger selbst kein grobes Verschulden an dem nachträglichen Bekanntwerden treffe, da er nach seinen persönlichen Verhältnissen und Fähigkeiten die hier einschlägigen steuerrechtlichen Zusammenhänge nicht – auch nicht auf einen diesbezüglichen Hinweis seiner Beraterin – begriffen hat und die hiernach gebotenen praktischen Folgerungen nicht ziehen konnte. Auch konnte sich der Kläger in vollem Umfang auf seine Beraterin verlassen.

Das FG ist zutreffend davon ausgegangen, daß ein Steuerpflichtiger grob schuldhaft i. S. des § 173 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 AO 1977 handelt, wenn er die ihm persönlich zuzumutende Sorgfalt in ungewöhnlichem Maße verletzt

(vgl. Urteil in BFHE 137, 547, 555, BStBl II 1983, 324, 328). Dies ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Zwar trifft die Annahme des FG nicht zu, daß wegen wechselnder Zusammensetzung des Personenkreises der Heiminsassen „auch die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit manchmal gegeben sein konnten und dann auch nicht“. Denn bei der Erstellung der Jahreserklärung konnte für den fraglichen Veranlagungszeitraum die maßgebliche Verhältniszahl ermittelt werden. Diese Zusatzerwägung des FG kann indes hinweggedacht werden, ohne daß notwendigerweise das Ergebnis seiner Gesamtwürdigung revidiert werden müßte. **Dem Kläger selbst hätte nur dann ein eigenes grobes Verschulden angelastet werden können, wenn ihm die Unvollständigkeit der von seiner steuerlichen Beraterin angefertigten Steuererklärung ohne weiteres hätte auffallen müssen** (vgl. BFH-Urt.v. 28.6.1983 VIII R 37/81, BFHE 139, 8, 11, BStBl II 1984, 2), was jedoch von ihm nicht erwartet werden konnte. Auch ist nicht der Fall gegeben, daß der Kläger eine **im Steuerklärungsformular ausdrücklich gestellte, auf einen ganz bestimmten Vorgang bezogene Frage nicht beachtet hätte** (vgl. Urteil in BFHE 141, 232, 233, BStBl II 1984, 693).

Im Gegensatz zur Rechtsansicht des FG schließt sich der erkennende Senat der Auffassung des IV. Senats in dem Urteil in BFHE 137, 547, BStBl II 1983, 324 (= GI 14/83) an, daß dem Steuerpflichtigen ein **grobes Verschulden seines steuerlichen Beraters** bei der Anfertigung von Steuererklärungen in gleicher Weise wie das Verschulden eines Bevollmächtigten zuzurechnen ist. Dabei sind an einen steuerlichen Berater, dessen sich der Steuerpflichtige zur Ausarbeitung der Steuererklärung bedient, erhöhte Anforderungen hinsichtlich der zu erwartenden Sorgfalt zu stellen; insbesondere muß von Angehörigen der steuerberatenden Berufe die Kenntnis und sachgemäße Anwendung der einschlägigen steuerlichen Bestimmungen erwartet werden. Denn diese sind zur sorgfältigen Bearbeitung der Steuerangelegenheiten verpflichtet (Urteil des Bundesgerichtshofs vom 1.7.1971 VII ZR 295/69, Betriebs-Berater 1971, 1305).

Das FG ist von einer anderen Rechtsauffassung ausgegangen. Die Vorentscheidung muß deshalb aufgehoben werden. Die Sache ist nicht spruchreif. Das FG wird die für die Frage des groben Verschuldens des steuerlichen Beraters erforderliche Würdigung der tatsächlichen Umstände nachzuholen haben.

Anmerkung: Zur Zurechnung des Verschuldens eines Mitarbeiters des Steuerberaters: Niedersächsisches FG, GI 1987, 44 (Leitsätze)

Honoraranspruch des Steuerberaters

– Anrechnung ersparter Unkosten, § 615 BGB
(OLG Düsseldorf Urf. v. 26.11.1987 – 18 U 97/87)

Leitsatz (amtl.):

Ein Anspruch nach § 615 BGB unterliegt der Umsatzsteuer; denn die Gegenleistung des Dienstverpflichteten, dessen Vergütungsanspruch erhalten bleibt, besteht in der Fortdauer seiner Leistungsbereitschaft.

Leitsatz (d. Verf.):

Muß der Steuerberater den Jahresabschluß nicht erstellen, so hat er sich gegenüber dem Gebührenanspruch in der Regel eine Kosteneinsparung in Höhe von 10% der Vergütung anrechnen zu lassen.

Aus den Gründen:

Honoraranspruch und Anrechnung ersparter Unkosten, § 615 BGB

Die Beklagte bestreitet nicht ihre sich aus § 615 BGB ergebende Pflicht zur Zahlung der vereinbarten Vergütung von 3.700 DM für den Jahresabschluß 1985.

Der Kläger muß sich gemäß § 615 Satz 2 BGB den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart hat.

Die Behauptung der Beklagten, daß der Kläger Aufwendungen in Höhe von 50% des Honorarbetrages dadurch erspart habe, daß er den Jahresabschluß nicht erstellt habe, ist durch die bei der **Steuerberaterkammer Düsseldorf** eingeholte amtliche Auskunft vom 14.7.1987 nicht bestätigt worden.

Nach dieser Auskunft ist davon auszugehen, daß die wesentlichen Kosten eines Steuerberaters – die Fixkosten wie z. B. die Lohnkosten und die Büroraumkosten – in aller Regel nicht dadurch berührt werden, daß die Erstellung eines eingeplanten Jahresabschlusses ausfällt. Dies wirkt sich nur im Bereich der variablen Kosten wie etwa der Papierkosten, der Stromkosten und insbesondere auch der Kosten eines Rechenzentrums, das überwiegend in die Abwicklung von Aufträgen – auch zur Erstellung eines

Jahresabschlusses – eingeschaltet werde, aus. Soweit die Auskunft ausführt, daß man insoweit von einer Kosteneinsparung in Höhe von rund **10 % der Vergütung** ausgehen können, kann im vorliegenden Fall dieser Prozentsatz aber nicht zugrunde gelegt werden.

Der Kläger hat vorgetragen, daß er sein Steuerberaterbüro erst am 1.4.1985 eröffnet habe. Bis heute habe er kein Personal beschäftigt, das mit den in der vorliegenden Sache angefallenen Arbeiten hätte betraut werden können. Diese Arbeiten wären von ihm persönlich ausgeführt worden. Schreibarbeiten wären bei der Erstellung des Jahresabschlusses nicht angefallen, weil dieser von der Datev erstellt worden wäre. Deren Gebühren hätten sich auf allenfalls 50 DM belaufen.

Die **Beklagte**, die **darzulegen und zu beweisen hat**, inwieweit die **Voraussetzungen für eine Anrechnung** vorliegen (Staudinger Anm. 55 zu § 324, Soergel Anm. 35 zu § 324 BGB), hat die Ausführungen des Klägers ohne nähere Darlegung bestritten. Mit ihrer pauschalen Behauptung, daß der Kläger 50% der Honorarkosten erspart habe, genügt sie ihrer Darlegungslast nicht.

Die ersparten Aufwendungen des Klägers sind daher unter Berücksichtigung seines eigenen Vorbringens gemäß § 287 II ZPO zu schätzen. Da der Kläger bei Durchführung der Arbeiten außer den Datev-Kosten von 50 DM auch noch einige sonstige Unkosten gehabt hätte, schätzt der Senat die ersparten Aufwendungen des Klägers auf 100 DM, so daß dem Kläger statt der vollen Vergütung von 3.700 DM ein Betrag von 3.600 DM zuzuerkennen ist.

Honoraranspruch gem. § 615 BGB und USt

Der Kläger kann auf diesen Betrag die in Rechnung gestellte **Umsatzsteuer** von 14 % – dies macht 504 DM aus – verlangen.

Ein wirtschaftlicher Vorgang unterliegt der Umsatzsteuer, wenn er einen Leistungsaustausch im Sinne des § 1 UStG zum Gegenstand hat. Hieran fehlt es bei einer Schadenersatzleistung, weil derjenige, der Schadenersatz leistet, dies nicht tut, weil er eine Leistung empfangen hat, sondern weil er einen Schaden verursacht hat.

Bei dem Anspruch aus § 615 BGB handelt es sich aber nicht um einen auf Schadenersatz, sondern um einen auf Vertragserfüllung gerichteten Anspruch (BGH NJW 1967, 250; Palandt 46. Aufl. Anm. 1 zu § 615 BGB).

Liegen die Voraussetzungen des § 615 BGB vor, bleibt dem Dienstverpflichteten der Vergütungsanspruch (§ 611 BGB) erhalten (Palandt Anm.

1c zu § 615 BGB). Dessen Gegenleistung besteht in der Fortdauer der Leistungsbereitschaft und ist als eine sonstige Leistung im Sinne des § 1 Ziff. 1 des Umsatzsteuergesetzes zu werten (RFH-Urteil vom 21.11.1940 in RStBl 41, 132; Dr. Geist, Schadenersatzleistung im Umsatzsteuerrecht UStR 1963, 152). Hiernach unterliegt die von der Beklagten zu zahlende Vergütung der Umsatzsteuer.

Anmerkung: vgl. OLG Düsseldorf v. 7.6.84 – 18 U 15/84 GI 24/84

Haftung des Steuerberaters

- Zuschätzungen in Betriebsprüfung
- Steuerschaden des Mandanten;
- Weiterführende Hinweise

(LG Düsseldorf Ur. v. 22.10.1987 – 14 O 119/87)

Leitsätze (d. Verf.):

- 1) Zuschätzungen durch den Betriebsprüfer stellen keinen Schaden dar.
- 2) Der Mandant muß darlegen und beweisen, wie hoch die Umsätze und Einnahmen tatsächlich waren und dadurch die vermeidbar gewesenen Differenzen zu den Zuschätzungen des Betriebsprüfers deutlich machen.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht kein Schadenersatzanspruch aus positiver Forderungsverletzung des zwischen den Parteien geschlossenen Dienstvertrages zu. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Vernichtung der Tagesendsummenbons, der Bon-Bücher und der täglichen Kassenabrechnungen durch den Beklagten eine Pflichtverletzung des Steuerberatungsvertrages darstellt oder der grundsätzlich bestehende Belegzwang über steuerlich bedeutsame Vorgänge durch die vom Beklagten vorgenommene Aufzeichnung in das Kassenbuch zureichend gewahrt worden ist.

Voraussetzung eines Schadenersatzanspruches wäre in jedem Fall die hinlängliche **Darstellung, daß durch die Zuschätzungen des Finanzamtes ein Schaden entstanden ist**. Ein Schaden kann nur dann angenommen werden, wenn die Einnahmehuschätzungen gegenüber objektiv zutreffenden Zahlen zu hoch gewesen sein sollten. Nur, wenn die Betriebsprüfer objektiv unrichtige Werte geschätzt hätten, könnte die Nichtaufbewah-

rung der fraglichen Unterlagen überhaupt kausal für einen Schaden geworden sein.

Die **Tatsache der Schätzung** allein indiziert keinen Schaden. Das Finanzamt ist bei seinen Schätzungssätzen nicht frei und darf den Steuerpflichtigen dadurch nicht bestrafen. Es hat die Besteuerungsgrundlagen zu ermitteln, die sich ergeben hätten, wenn die Unterlagen einwandfrei gewesen wären (vgl. LG Lüneburg DStR 1974, 483; LG Köln StB 1978, 35). Zwar kann nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden, daß die in dem Schätzungsverfahren zusätzlich festgestellten Einnahmen tatsächlich erzielt worden sind. Andererseits hätten die Einnahmen noch höher sein können. Es oblag daher der Klägerin darzutun und zu beweisen, wie hoch die tatsächlich erzielten und zu versteuernden Umsätze und Einnahmen während des Prüfungszeitraumes gewesen sein sollen, ob und welcher Unterschied insoweit zu den vom Finanzamt geschätzten Umsätzen gegeben war sowie ob und wie hoch daraus eine Steuerdifferenz resultiere. Dies ist nicht erfolgt, weshalb ein Schaden nicht ersichtlich ist. Eines Hinweises bedurfte es nicht, weil der Beklagte bereits in der Klagerwiderung darauf hingewiesen hat.

Der Klägerin steht auch kein Ersatzanspruch wegen des von ihr gezahlten **Rechtsanwaltshonorars** zu. Das Gericht verkennt nicht, daß infolge der Mitwirkung des Fachanwalts für Steuerrecht in dem Betriebsprüfungsverfahren die **Zuschätzungen von Betriebseinnahmen vermindert** wurden. Da die Klägerin, nach Festsetzung der zugeschätzten Einnahmen, nur die sie vermutetermaßen tatsächlich treffende Steuerschuld zu zahlen hatte, wäre jede darüber hinaus erfolgte Steuernachforderung nicht rechtmäßig und eine erfolgte Zahlung deshalb ein Schaden gewesen. Ein Ersatzanspruch wegen der letztlich zur Schadenverhinderung aufgewendeten Anwaltskosten setzt allerdings voraus, daß die Klägerin die Ursächlichkeit des Verhaltens des Beklagten für die ursprünglich höher angesetzte Einnahmenschätzung nachweist. Insoweit fehlt es jedoch an einem hinreichenden Vortrag.

Auch dafür, daß der Beklagte den Rechtsanwalt im eigenen Namen beauftragt habe, fehlt jeder Vortrag. Soweit der Beklagte den Anwalt um zusätzlich Informationen gebeten hat, spricht alles dafür, daß dies im Interesse der Klägerin geschah, die Rechtsanwalt R. mit ihrer Vertretung vor dem Finanzamt betraut hatte, wie aus dem Bericht des Finanzamtes vom 10.5.1984 folgt.

Weiterführende Hinweise zu Schätzungsschäden:

Ziel der Schätzung gem. § 162 AO darf es niemals sein, Steuerpflichtige für die Nichterfüllung ihrer steuerlichen Pflichten zu bestrafen. Schätzungen dürfen nur das Ziel verfolgen, dem steuerlichen Sachverhalt möglichst nahe zu kommen. (BFH BStBl. 1967, III, 686; BStBl 1986 II, 226)

Allein der Umstand, daß das Finanzamt eine – aus der Sicht des Steuerpflichtigen unzutreffende – Schätzungsveranlagung vorgenommen hat, kann keinen Schaden begründen. Vielmehr dürfen die in der Schätzung festgelegten Gewinne tatsächlich nicht entstanden sein. (LG Kassel Ur. v. 12.6.85 GI 38/85)

Zur Darlegungs- und Beweislast hinsichtlich eines Schätzungsschadens. (BGH Ur. v. 9.2.82, GI 15/82 = BGHZ 84, 244 = NJW 82, 2238 = ZIP 82, 1214)

Die Änderung von Schätzungsbescheiden wegen neuer Tatsachen nach § 173 AO. (Mihm NWB Fach 2, S. 4647)

Die Darlegung eines Schadens aufgrund einer Schätzung des Finanzamtes setzt die Darstellung der Buchführung und des Bilanzergebnisses bei ordnungsgemäßer Buchführung voraus. Es ist nicht ausreichend, auf die vom Finanzamt gerügt unzureichende Buchführung zu verweisen. (LG Münster, Ur. v. 15.7.82 – 2 O 266/87 GI 1987, 161)

Beweiswürdigung und Beweislast bei der Schätzung. Reichel StB 1981, 165

GI-Hinweise**Eine maßgeschneiderte Rente für Selbständige?**

Dr. Horst Metz untersuchte in einem Aufsatz in „Blick durch die Wirtschaft“ vom 3.12.1987 vier Modelle für eine private Alterssicherung Selbständiger:

Er zeigt die Vor- und Nachteile der vier Modelle auf. Dabei vergleicht er die gesetzliche Rentenversicherung mit einer privaten Rentenversicherung. Nicht erörtert wird die Alternative einer Kapital-Lebensversicherung.

Sein Ergebnis:

1. Die bereits erworbenen Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollten durch einen Experten berechnet werden.
2. Er hat vier Möglichkeiten der Absicherung:
 - Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung,
 - freiwilliges Mitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung,
 - Verlassen der gesetzlichen Rentenversicherung und Wechsel in eine private Versicherung,
 - Kombination der Rentenversicherung mit einer privaten Versicherung.
3. Entscheidet er sich für die Pflichtmitgliedschaft, so muß er sich darüber im klaren sein, daß er die Höhe seiner zukünftigen Beiträge nicht beeinflussen und seine Entscheidung nicht mehr rückgängig machen kann. Er ist an ein festes Leistungsschema gebunden.
4. Bleibt er freiwilliges Mitglied, so muß er wissen, daß er die Höhe der Beiträge – in einem bestimmten Rahmen – selbst bestimmen kann und dadurch grundsätzlich die gleichen Leistungen wie ein Pflichtmitglied erhalten wird.
5. Sichert er sich statt dessen durch eine private Versicherung ab, so sollte er sich darauf einrichten, daß seine Alters- sowie die Witwen- und die Waisenrentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich erhalten bleiben, aber die Erwerbs- und die Berufsunfähigkeitsrentenansprüche nach 2 Jahren fortfallen.
6. Die private Rentenversicherung bietet ihm drei Sonderleistungen, die die gesetzliche Rentenversicherung nicht kennt: eine Rentengarantie, ein Kapitalwahlrecht und die freie Verfügbarkeit des Kapitals bis zum Rentenbeginn.
7. Entscheidet er sich für die Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung und einer privaten Versicherung, so kann er die erworbene Versorgungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung durch die private Versorgung individuell entsprechend seinem Bedarf ergänzen.

Herr Dr. Metz ist Mitarbeiter des Gerling-Konzern
(Tel.-Nr. 02 21/144 73 68).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–2, 1988)

Allgemeine Geschäftsbedingungen		Mitverschulden	
– Verjährungsfrist		– Prüfung d. vom StB erstellen	
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	Steuererklärung	88, 26
Bauherrenmodell		Notar	
– objektbezogener StB		– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungs-	
= Abgrenzung zum persönlichen StB	88, 3	anspruchs	88, 18 (LS)
Berichtigung, § 173 I, 2 AO		Rechtsanwalt	
– grobes Verschulden		– Dritthaftung	88, 9
= des Mandanten	88, 26	– Konkurrenzverbot	88, 2
– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88, 26	Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
Dritthaftung		– Sanierungsverhandlungen	88, 19
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88, 9	– durch Wp	88, 19
Gewinnausschüttung		Schaden	
– mit Mittelabfluß	88, 18 (LS)	– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32
Haftungsbeschränkung		– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden	
– Verjährungsfrist in AGB	88, 3	Schätzung, § 162 AO	
Herausgabepflicht des StB's		– Schaden	
– Abholung/Übersendung	88, 2	= Darlegungs- und Beweislast	88, 31
– Mandantenunterlagen	88, 2	Steuerberater	
Honoraranspruch des StB's		– Konkurs des –	88, 2
– Anrechnung ersparter Kosten	88, 29	Steuerberatungsgesetz	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB		– § 46 Abs. 3 Nr. 2	
= Umsatzsteuer	88, 29	= Konkurs des StB's	88, 2
Klageauftrag		Steuerberatungsvertrag	
– vorsorgliche Klage	88, 18 (LS)	– objektbezogene und persönliche	
Konkurrenzverbot		Steuerberatung	88, 3
– des angestellten RA	88, 2	Treuhand	
Kündigung des Mandats		– Belehrung über steuerliche Risiken	
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18 (LS)	= einheitliche und gesonderte Gewinn-	
Literatur- und Rechtsprechungshinweise		feststellung wird abgelehnt	88, 3
– Dritthaftung	88, 11	Verjährung, § 839 BGB	
– Rechtsberatung d. StB/WP	88, 24	– anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18 (LS)
– Schätzungsschaden	88, 33	Wettbewerb/Mandantenschutz	
Mandantenunterlagen		– des angestellten RA	88, 11
– Rückgabe	88, 18 (LS)	Wirtschaftsprüfer	
		– Berufsbild	88, 22
		– Rechtsberatung	88, 22

BGH v. 4.11.1987 – IVa ZR 158/86	88, 19	LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86	88, 18 (LS)	LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87	88, 31
OLG Celle v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)	BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80	88, 26
OLG Düsseldorf, 13.6.1985 – 8 U 212/84	88, 2	BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86	88, 2
= RBeistand 1987, 42		= Steuer-Telex 132	
OLG Düsseldorf v. 26.11.1987 – 18 U 97/87	88, 29	= LEXinform 0081033	
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88, 3	FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 –	
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88, 2	V K 433/83	88, 18 (LS)

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.